

Bericht des Landesvorstandes

an den

1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt
vom 14. bis 16. September 2007 in Magdeburg

Der Landesvorstand wurde auf der 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt in einer Stärke von 18 Mitgliedern gewählt. Gemäß der mit der WASG geschlossenen Vereinbarung vom 17. März 2007 und der Bestätigung durch den Parteivorstand der Partei DIE LINKE wurden mit Wirkung zum 17. Juni 2007 drei ehemalige Mitglieder der WASG in den Landesvorstand kooptiert. Der Landesvorstand ist in dieser Wahlperiode 36-mal zusammengetreten.

I. Parteibildungsprozess / Wahlen

Noch vor der Wahl des Landesvorstandes im Juni 2005 hatte die parteiinterne und vor allem auch öffentliche Diskussion über ein mögliches Zusammengehen von PDS und WASG bei den vorgezogenen Bundestagswahlen begonnen. Der sich daran anschließende zweijährige Parteibildungsprozess hat die Arbeit des Landesvorstandes bis zuletzt maßgeblich geprägt. Schließlich war für den Landesvorstand die Vorbereitung der Gründung der neuen Partei DIE LINKE in Sachsen-Anhalt bis zum Ende seiner Amtszeit die zentrale Herausforderung.

Unmittelbar nach der Konstituierung des Landesvorstandes wurde der Kontakt zum Landesvorstand der WASG in Sachsen-Anhalt aufgenommen. Am 7. Juli 2005 trafen sich erstmals die direkt gewählten Mitglieder des Landesvorstandes mit der Verhandlungsgruppe der WASG zu einem Gespräch. Wichtigster Bestandteil dieses Treffens war die Vorbereitung der VertreterInnenversammlung zur Wahl der BewerberInnen für die Landesliste der PDS Sachsen-Anhalt für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag. In diesem Gespräch konnte Einvernehmen bezüglich der Vorschläge des Landesvorstandes für die Landesliste erzielt werden. Dies beinhaltete im Wesentlichen: 1) der Landesvorstand der PDS wirbt auf der VertreterInnenversammlung für die Nominierung der PDS-Mitglieder Petra Sitte, Katrin Kunert, Roland Claus und Jan Korte auf den vorderen Listenplätzen und für die Wahl von Petra Sitte als Spitzenkandidatin sowie 2) der Landesvorsitzende der PDS wird die VertreterInnenversammlung auffordern, die Kandidatinnen und Kandidaten der WASG angemessen zu berücksichtigen.

Die VertreterInnenversammlung am 10. Juli 2005 folgte diesem Herangehen mit großer Mehrheit und wählte (in dieser Reihenfolge) Petra Sitte, Jan Korte, Katrin Kunert und Roland Claus (alle PDS) sowie Elke Reinke (WASG) auf die ersten fünf Listenplätze.

Auf seiner Sitzung am 30. Juli 2005 unterstützte der Landesvorstand die vereinbarte Schwerpunktsetzung der Bundesebene zur Bundestagswahl, die einen konzentrierten Zweitstimmenwahlkampf im Mittelpunkt der Kampagne vorsah. Der Landesvorstand sprach sich deshalb auch dafür aus, keinen Erststimmenwahlkampf in Sachsen-Anhalt zu organisieren und warb bei den Kreiswahlbüros darum, dieser Intention zu folgen.

Nachdem am 17. Juli 2005 auf einer außerordentlichen Tagung des Bundesparteitages der Name der Partei in „Die Linkspartei“ mit der Zusatzbezeichnung „PDS“ (Kurzform „Die Linke“) mit großer Mehrheit beschlossen wurde, trat am 19. Juli 2005 gemäß Einberufung durch den Landesvorstand der Landesparteitag zu seiner 2. (außerordentlichen) Tagung in Magdeburg zusammen, um diese Namensänderung für den Landesverband Sachsen-Anhalt nachzuvollziehen. 73 Prozent der gewählten Delegierten gaben ihre Zustimmung. Mit dieser Namensbezeichnung zog der Landesverband vereinbarungsgemäß auch in den Bundestagswahlkampf. Mit der Änderung des Namens folgten die Mitglieder und Gremien der PDS einer wesentlichen Bedingung der WASG für einen gemeinsamen Antritt bei der Bundestagswahl.

In einem kurzen, aber aufgrund einer spürbaren Begeisterung bezüglich des abgestimmten Antrittes von Linkspartei und WASG sowie der gemeinsamen Spitzenkandidatur von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi äußerst engagierten Wahlkampf konnte unsere Partei ihr bisher bestes Zweitstimmenergebnis bei Bundestagswahlen in Sachsen-Anhalt erzielen. Mit 26,6 Prozent war dies darüber hinaus gemeinsam mit Brandenburg das beste Ergebnis bundesweit. Dieses sehr gute Wahlergebnis sorgte für den Einzug der ersten fünf KandidatInnen unserer Landesliste in den Bundestag und damit auch eines Mitgliedes der WASG.

Unmittelbar nach der Bundestagswahl galt es für den Landesvorstand der Linkspartei.PDS, gemeinsam mit dem Landesvorstand der WASG die Landtagswahl im März 2006 vorzubereiten. Dazu fanden mehrere ausführliche Gespräche der Verhandlungsgruppen beider Vorstände statt. Aufgrund interner Auseinandersetzungen im Landesverband der WASG gab es zur Frage der Kandidaturen von WASG-Mitgliedern zur Landtagswahl keinen abgestimmten Vorschlag. Einvernehmlich verständigten sich die Vorstände beider Parteien allerdings darauf, dem Vorbild der Bundestagswahl folgend zur Landtagswahl 2006 mit einer Offenen Liste der Linkspartei anzutreten, auf der auch Mitglieder der WASG vertreten sein sollten. Darüber hinaus gab es zwischen den Landesvorständen eine Verständigung zu den wesentlichen Inhalten des Wahlprogramms der Linkspartei.

Bereits die 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS hatte Wulf Gallert als Kandidaten unserer Partei für das Amt des Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt

nominiert und gleichzeitig den Landesvorstand beauftragt, der VertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl einen Vorschlag für eine politische Kernmannschaft und damit für die vorderen Listenplätze zu unterbreiten. Gemäß dieser Beschlusslage wurden die Kreisverbände in die Zusammenstellung dieser Kernmannschaft einbezogen und durch den Landesvorstand aufgefordert, dazu ihrerseits Vorschläge zu machen. Ebenso einbezogen war der Landesparteirat. Im Zuge mehrerer ausführlicher Beratungen im Landesvorstand wurde am 18. Oktober 2005 die Kernmannschaft in geheimer Abstimmung in folgender Reihenfolge zusammengestellt: Helga Paschke, Birke Bull, Matthias Höhn, Gudrun Tiedge, Frank Thiel, Angelika Klein, Guido Henke und Sabine Dirlich.

Am 24. September 2005 wurde durch den Landesvorstand der Entwurf des Wahlprogramms zur Landtagswahl 2006 in Sachsen-Anhalt „In Sachsen-Anhalt leben und Zukunft gestalten – modern und sozial gerecht“ beschlossen. Die 3. Tagung des 9. Landesparteitages am 12. November 2005 folgte diesem Entwurf mit einigen Änderungen im Wesentlichen mit großer Mehrheit.

Wie vereinbart wurde der VertreterInnenversammlung am 13./19./20. November 2005 durch den Landesvorstand der Vorschlag unterbreitet, Wulf Gallert auf Platz 1 der Landesliste zu setzen und ihm eine 8-köpfige Kernmannschaft (siehe oben) zur Seite zu stellen. Die VertreterInnenversammlung schloss sich diesem Personalvorschlag mit einer Ausnahme an. Gleichzeitig wurden mit Dolores Rente (Platz 11) und Jutta Fiedler (Platz 21) zwei Mitglieder der WASG auf aussichtsreiche Listenplätze gewählt, weitere drei Mitglieder der WASG auf den nächsten Plätzen.

Am 13. Dezember 2005 wurde die Wahlstrategie zur Landtagswahl 2006 durch den Landesvorstand beschlossen. Es folgte eine weitere ausführliche Verständigung zur Wahlstrategie/ Wahldramaturgie/ Kampagne Landtagswahl mit der Landtagsfraktion auf der gemeinsamen Klausurberatung am 14./ 15. Januar 2006 in Elgersburg. Kernpunkt dieser Wahlstrategie war, mit dem Antritt eines MP-Kandidaten gleichzeitig den Anspruch zu vermitteln, mit einem eigenständigen politischen Profil stärkste Partei in Sachsen-Anhalt werden zu wollen und für politische Mehrheiten zu streiten, um einen Richtungswechsel in Sachsen-Anhalt möglich zu machen. Diesem Anspruch folgend wurde die Wahlkampagne in hohem Maße auf Wulf Gallert als Person und das Werben um die Zweitstimme für die Linkspartei zugeschnitten.

Wenngleich bei der Landtagswahl am 26. März 2006 ein erneuter Tiefpunkt bei der Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt erreicht wurde, wertete der Landesvorstand auf seiner ersten Sitzung nach der Wahl das Ergebnis von 24,1 Prozent als großen Erfolg. Zum einen war dies das beste Zweitstimmenergebnis unserer Partei bei Landtagswahlen in unserem Bundesland seit 1990 und entscheidend für die verlorene Mehrheit von CDU und FDP. Zum anderen konnte der zweite Platz im Parteiengefüge ausgebaut und der Abstand zur SPD vergrößert werden.

Der Wahlstrategie und den politischen Kernaussagen des Wahlkampfes folgend beschloss der Landesvorstand am 27. März 2006 mit Blick auf die nach der Wahl vorhandene Mehrheit der Stimmen von Linkspartei und SPD im Landtag, dem Landesvorstand der SPD Sachsen-Anhalt Sondierungsgespräche anzubieten. Dieses Angebot wurde seitens der SPD ohne inhaltliche Begründung abgelehnt.

Neben der Vorbereitung und Organisation der gemeinsamen Wahlkämpfe von Linkspartei und WASG widmeten sich sowohl der Landesvorstand der Linkspartei als auch der gesamte Landesverband sehr ausführlich den bundesweiten Diskussionen zu den Gründungsdokumenten der LINKEN.

Die Programmdebatte im Zuge des Parteibildungsprozesses war auch ein Schwerpunkt der 5. Tagung des 9. Landesparteitages. Ein entsprechender Leitantrag, der ausdrücklich als Beitrag des Landesverbandes zur Programmdebatte verstanden werden sollte, wurde vom Landesvorstand am 1. August 2006 im Entwurf beschlossen und dem Parteitag vorgelegt. Dieser Leitantrag löste bundesweit zum Teil kontroverse Diskussionen innerhalb von Linkspartei und WASG aus. Der Landesparteitag folgte den Intentionen des Vorstandes mit einigen Änderungen.

Darüber hinaus wurden im Herbst 2006 in allen fünf Regionen des Landesverbandes Veranstaltungen organisiert, auf denen die Mitglieder beider Parteien die durch die Bundesebene vorgelegten Entwürfe der Gründungsdokumente diskutierten. In diesen Diskussionen wurden nicht nur durch den Landesvorstand sondern auch zahlreiche Mitglieder der Parteibasis zwei wesentliche Punkte hervorgehoben: Zum einen gab es die sehr nachdrücklich vorgetragene Forderung an die Bundesspitzen beider Parteien, dass demokratisch-sozialistische Profil der neuen LINKEN deutlich klarer zu fassen. Zum anderen gab es Bedenken, die vereinbarten Übergangsregelungen in der neuen Bundessatzung würden zu einer langfristigen Benachteiligung der ostdeutschen Mitglieder in der neuen Partei führen. Gemeinsam mit den Landesverbänden Niedersachsen und Bremen fand am 2. Februar 2007 eine Regionalkonferenz über die Entwürfe der Gründungsdokumente in Magdeburg statt.

Linkspartei und WASG hatten sich auf Bundesebene dazu verständigt, bis spätestens 20. März 2007 in den Landesverbänden schriftliche Vereinbarungen über den Ablauf der Gründung der neuen Partei in den Ländern abzuschließen. Zur Vorbereitung und Ausarbeitung einer solchen Vereinbarung trafen sich die Verhandlungsgruppen von Linkspartei und WASG in Sachsen-Anhalt wiederum mehrfach. Nachdem der Landesvorstand der WASG bereits seine Zustimmung zu dieser ausgehandelten Vereinbarung gegeben hatte, bestätigte sie der Landesvorstand auf seiner Sitzung am 17. März 2007 ebenfalls einstimmig. Sie wurde noch am selben Tag von den Landesvorsitzenden Roland Teichmann (WASG) und Matthias Höhn (Die Linkspartei.PDS) unterzeichnet. Es wurden Regelungen bezüglich Finanz- und Vermögensangelegenheiten, der Struktur des Landesverbandes, des Ablaufes der Gründung der Stadt- und Kreisverbände, der Zusammensetzung der Landesgremien sowie der Berechnung des Delegiertenschlüssels zum 1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Landesverband

Sachsen-Anhalt getroffen. Ebenso wurde in dieser Vereinbarung festgelegt, den 1. Landesparteitag für den 14. bis 16. September 2007 nach Magdeburg einzuberufen. Diese Einberufung wurde vom Landesvorstand der Linkspartei am 17. März 2007 vorgenommen und vom durch die drei ehemaligen WASG-Mitglieder erweiterten Landesvorstand am 18. Juni bestätigt.

Die Bundesparteitage von Linkspartei und WASG hatten auf ihren parallelen Tagungen in Dortmund beschlossen, zum Verschmelzungsvertrag beider Parteien Urabstimmungen in den jeweiligen Organisationen durchzuführen. Diese fand vom 30. März bis 18. Mai 2007 statt. Auch wenn der Landesverband der Linkspartei in Sachsen-Anhalt mit knapp 80 Prozent Beteiligung die Ergebnisse der anderen ostdeutschen Landesverbände nicht ganz erreicht hat, kann und muss das Ergebnis der Urabstimmung auch in Sachsen-Anhalt als überwältigende Zustimmung gewertet werden (Beteiligung: 4679 Mitglieder = 78,9 %, Ja: 4836 Stimmen = 97,3 %).

Im Zuge der Gebietsreform in Sachsen-Anhalt wurden am 22. April 2007 die Kreistage bzw. Stadträte sowie die Landräte bzw. Oberbürgermeister in den neu gebildeten Territorien gewählt. Aufgrund der Regelungen des Kommunalwahlgesetzes in Sachsen-Anhalt konnte im Gegensatz zur Bundestags- und Landtagswahl diesmal das Prinzip der Offenen Liste nicht zur Anwendung kommen. Um dennoch Kandidaturen von Mitgliedern der WASG zu ermöglichen, verständigten sich die Landesvorstände beider Parteien auf das Modell der Wahlvorschlagsverbindung.

Die 5. Tagung des 9. Landesparteitages verabschiedete am 24. September 2005 ein Rahmenwahlprogramm für die Kommunalwahlen 2006, das durch die gemeinsame Arbeitsgruppe „Kommunalpolitik“ von Landesvorstand und Landtagsfraktion erarbeitet wurde. Dieses Rahmenwahlprogramm war Grundlage für die beschlossenen vor Ort unteretzten Wahlprogramme der Stadt- und Kreisverbände.

Das Wahlziel bei dieser Kommunalwahl wurde vom Landesvorstand dahin gehend definiert, den mit 21,3 Prozent 2004 erreichten 2. Platz auszubauen. Dieses Ziel wurde mit 19,2 Prozent nicht erreicht. Dennoch kann das Ergebnis nicht als Niederlage gewertet werden, besonders unsere Kandidatinnen und Kandidaten zu den Personenwahlen erreichten zum Teil hervorragende Ergebnisse. Erstmals nach 2001 konnte unsere Partei bundesweit mit der erfolgreichen Wahl von Jürgen Dannenberg in Wittenberg wieder einen Landratsposten erobern.

Während der Vorbereitung und Durchführung des Kommunalwahlkampfes wurden aus Sicht des Landesvorstandes beidseitig erhebliche Abstimmungsdefizite zwischen Landes- und Kreisebene offensichtlich. Darüber hinaus gab es im Landesverband unterschiedliche Einschätzungen zum Konzept des Landesvorstandes für einen landesweit einheitlichen Wahlantritt. Aus Sicht des Landesvorstandes erscheint es dringend geboten, vor den nächsten landesweiten Wahlen rechtzeitig eine Diskussion über die Anlage und Organisation des Wahlkampfes zu führen und verbindliche Vereinbarungen zwischen den Ebenen zu treffen.

II. Strukturveränderungen / Finanzen

Auf der 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS wurden weit reichende Beschlüsse zu Finanz- und Strukturfragen des Landesverbandes gefasst und entsprechende Aufträge an den Landesvorstand erteilt. Zu den tief greifendsten Einschnitten zählte hier zweifellos die Entscheidung des Landesparteitages, die Geschäftsstellen der Kreisverbände bis Mitte 2006 zu schließen und die Koordination der Parteiarbeit auf die fünf Regionalgeschäftsstellen zu konzentrieren. Trotz langfristiger Vorbereitung dieses Beschlusses und der Einbeziehung mehrerer Kreisvorsitzender in die Erarbeitung des Konzeptes kam es infolge des Landesparteitages in den Kreisverbänden zu teilweise kontroversen Diskussionen. Dennoch wurde der Beschluss des Parteitages umgesetzt und die Geschäftsstellen in den Kreisverbänden geschlossen. Wie beabsichtigt wurde mit dieser Entscheidung eine spürbare finanzielle Entlastung der Kreisverbände erreicht. Dennoch ist die finanzielle Situation des Landesverbandes insgesamt nach wie vor gespannt und wird sowohl vom zukünftigen Landesvorstand als auch von den Kreisverbänden weitere Konsolidierungsmaßnahmen erfordern.

In Vorbereitung der Kommunalwahlen und der damit verbundenen Gebietsveränderungen gründeten sich die neuen Kreisverbände der Linkspartei in den jeweiligen Territorien. Dies erforderte gleichzeitig eine Entscheidung des Landesvorstandes bezüglich des Neuzuschnittes der Regionen des Landesverbandes.

Darüber hinaus kam es in den vergangenen zwei Jahren zu Veränderungen in der hauptamtlichen Personalstruktur des Landesverbandes. Zwei MitarbeiterInnen gingen aufgrund der abgeschlossenen Altersteilzeitverträge in ihre Freizeitphase. Mit einem weiteren Mitarbeiter wurde Ende 2006 auf dessen eigenen Wunsch das Arbeitsverhältnis beendet. Die Entwicklung der Personalstruktur wird vom neu zu wählenden Landesvorstand weitere Entscheidungen abfordern, da in den kommenden Jahren wiederum MitarbeiterInnen in die Altersteilzeit gehen werden.

Der Landesvorstand beschloss nach Beratungen sowohl mit den Kreisvorsitzenden als auch im Landesfinanzrat die Rechenschaftsberichte für die Jahre 2005 und 2006 sowie die Jahresfinanzpläne für 2006 und 2007.

III. Politisch-konzeptionelle Arbeit / Kampagnen

Trotz des erheblichen organisatorischen und logistischen Arbeitsaufwandes im Zusammenhang mit den Wahlkämpfen und dem Parteibildungsprozess hat sich der Landesvorstand ausführlich mit inhaltlichen Fragen befasst und landesweite Kampagnen unterstützt.

Ein wichtiger Punkt in der zweijährigen Arbeit des Vorstandes war das Thema Rechtsextremismus und Gegenstrategien. Bereits am 18. Oktober 2005 wurde durch einstimmigen Beschluss eine Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus“ beim Landesvorstand gebildet.

Zum einen haben mehrere Mitglieder dieser Arbeitsgruppe den Erarbeitungsprozess des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus der Landtagsfraktion mit begleitet. Zum anderen hatte die Arbeitsgruppe u.a. den Auftrag, dem Landesvorstand konzeptionelle Vorschläge zum Umgang mit rechtsextremen Akteuren und Parteien in Vorbereitung der Kommunalwahl 2007 vorzulegen. Wichtigstes Ergebnis dieser Vorarbeit war die Durchführung von vier regionalen Schulungen für unsere Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl. Diese Schulungen fanden im Zeitraum vom 2. bis 22. März 2007 in Naumburg, Dessau, Magdeburg und Quedlinburg statt. Die Resonanz auf diese Veranstaltungen hat den Landesvorstand in der Überzeugung bestärkt, auf diesem Weg weiterzumachen.

Der Landesvorstand hat versucht, sich nach Kräften in die bundesweite Mindestlohnkampagne von Linkspartei und WASG einzubringen. Dies geschah in enger Abstimmung mit der Landtagsfraktion. Mehrere Mitglieder des Landesvorstandes bzw. MitarbeiterInnen des Landesverbandes waren und sind aktive MitstreiterInnen im „Bündnis Mindestlohn“ in Sachsen-Anhalt. Der Landesvorstand wertet das Zustandekommen dieses landesweiten Bündnisses als großen Erfolg. Darüber hinaus gab es zahlreiche, von den Kreisverbänden vor Ort organisierte Aktionen im Rahmen der Mindestlohnkampagne. Insgesamt kann nach Ansicht des Landesvorstandes eingeschätzt werden, dass diese Aktivitäten das Profil der LINKEN in Sachsen-Anhalt deutlich geschärft haben. Hervorzuheben ist, dass es auch bei dieser Mindestlohnkampagne, genau wie in den landesweiten Wahlkämpfen, ein erfolgreiches Miteinander der Mitglieder von Linkspartei und WASG gegeben hat. Nicht zuletzt diese gemeinsamen Aktionen haben das Zusammenwachsen beider Parteien nachhaltig befördert.

Der Landesvorstand hat sich mehrmals durch FachpolitikerInnen zu konzeptionellen Vorschlägen der Landtagsfraktion berichten lassen. Dazu gehörten u. a. der Entwurf eines Schulreformgesetzes, der Entwurf eines Kinderbetreuungs- und -bildungsgesetzes, der Entwurf eines Seniorenvertretungsgesetzes sowie Vorschläge zu den Themen Wirtschaftsförderung und Raumentwicklung/ Landesentwicklungsplan. Fortgesetzt wurde die bereits in der vorigen Wahlperiode begonnene Diskussion zu unserem Umgang mit den Entwicklungen im Bereich der Gentechnik/ Biotechnologie.

Selbstverständlich spielten auch die friedenspolitischen Positionen unserer Partei in den vergangenen zwei Jahren eine wichtige Rolle. Der Landesvorstand unterstützte die Ostermärsche in Sachsen-Anhalt in den Jahren 2006 und 2007. Weiterhin fand am 3. April 2007 eine ausführliche Diskussion zur militärischen Nutzung des Flughafens Halle-Leipzig im Landesvorstand statt.

Unterstützend begleitet wurden die spürbaren Fortschritte bei der Jugendarbeit im Landesverband. Der Landesvorstand schätzt die erreichte engere Abstimmung der verschiedenen Jugendgruppen in Sachsen-Anhalt untereinander sowie die bevorstehende Bildung des Jugendverbandes der Partei in Sachsen-Anhalt als äußerst positiv und vielversprechend ein.

Die Mitglieder unseres Landesverbandes hatten in den vergangenen zwei Jahren ein erhebliches Arbeitspensum zu absolvieren. Der Landesvorstand bedankt sich ausdrücklich bei allen, die mit hohem Engagement dazu beigetragen haben, dass wir erfolgreich aus drei landesweiten Wahlen hervorgegangen sind, den Parteibildungsprozess zielführend gestaltet haben und dass unsere Partei seit 2005 in Sachsen-Anhalt weiter Profil gewinnen konnte.